Inhaltsübersicht

Erster Teil

Grundlegung und Fixierung des Problemrahmens	37
Erstes Kapitel: Einleitung	37
A. Gegenstand der Untersuchung	37
B. Anlaß der Untersuchung	38
I. Rechtstatsächliche Determinanten	38
II. Rechtsnormative Determinanten	39
C. Problemaufriß	39
I. Verfassungsrechtliche Analyseebene	39
II. Einfachgesetzliche Analyseebene	41
D. Fortgang der Untersuchung	41
I. Zielsetzung	41
II. Vorgehensweise	42
Zweites Kapitel: Der Geltungsbereich der Universaldienstgewährleistung	43
A. Der Terminus "Telekommunikation"	43
I. Der Ursprung des Wortes "Telekommunikation"	44
II. Die Gründe für die Aufnahme des Wortes "Telekommunikation" in das Grundgesetz	46
B. Der Inhalt der Telekommunikation	48
I. Der Ausgangspunkt: Das Fernmeldewesen	49
II. Die konturierende Kraft der Merkmale des Fernmeldewesens für Begriff und Bereich der Telekommunikation	55
III. Erschütterung der überkommenen Kriterien durch veränderte technologische Bedingungen und Möglichkeiten	58
IV. Beeinflussung des Begriffs und des Bereichs der Telekommunikation durch veränderte rechtliche Anforderungen und Vorgaben	68

V. Festlegung des Begriffs und Ordnung des Bereichs der Telekommuni- kation in diesem veränderten Umfeld	. 80
VI. Abgrenzungen	95
Zweiter Teil	
Die verfassungsrechtliche Gewährleistung eines Universaldienstes	112
Drittes Kapitel: Tatsächliche und rechtliche Determinanten einer Universaldienstgewährleistung	. 112
A. Der Begriff des Universaldienstes	. 112
I. Die Entstehungsgeschichte	. 112
II. Die Vorgaben für eine Begriffsfestlegung	. 115
III. Die Elemente der Begrifflichkeit	. 115
IV. Abgrenzungen	. 116
B. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen	. 118
Die Merkmale des Art. 87 f Abs. 1 GG als Filter der universaldienst- relevanten Fakten	. 118
II. Die bestehende Versorgungssituation	. 119
III. Die ökonomischen Bedingungen und Möglichkeiten	. 123
IV. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse	. 131
C. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben im Bereich der Telekommuni- kation	. 133
Grundzüge des europäischen Telekommunikationsrechts	
II. Systematisierung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben für die Telekommunikation	
III. Die ordnungspolitischen Schritte im Bereich der Telekommunikation	. 138
D. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben im Bereich der Telekommunikation.	. 189
Die Struktur der telekommunikationsbezogenen Bestimmungen des Grundgesetzes	. 189
II. Die Anordnung einer Aufgabenprivatisierung durch Art. 87 f Abs. 2 Satz 1 GG	. 194
III. Der Verfassungsauftrag einer Organisationsprivatisierung gemäß Art. 143 b Abs. 1 GG	. 233
E. Die gemeinschaftsrechtlichen Einwirkungen auf verfassungsrechtliche Vorgaben im Bereich der Telekommunikation	. 243
Unterschiede zwischen dem gemeinschaftsrechtlichen und dem verfassungsrechtlichen Ordnungsmodell	. 244

II. Art und Ausmaß der Beeinflussung verfassungsrechtlicher Regelungen durch gemeinschaftsrechtliche Vorgaben
Viertes Kapitel: Die Gewährleistung eines Universaldienstes gemäß Art. 87 f Abs. 1 GG247
A. Die rechtsdogmatischen Grundlagen247
I. Der Universaldienst als Ausprägung des Gemeinwohls247
II. Die Gewährleistung eines Universaldienstes als Ausdruck veränderter Wahrnehmung der Gemeinwohlverantwortung
III. Die Gewährleistung eines Universaldienstes durch Art. 87 f Abs. 1 GG - eine Ausprägung des Sozialstaatsprinzips
B. Der Inhalt des durch Art. 87 f Abs. 1 GG gewährleisteten Universal- dienstes262
I. Die verfassungsrechtlichen Konturen des Universaldienstes
II. Der Gegenstand des Universaldienstes
III. Der Umfang des Universaldienstes
C. Der Inhalt der durch Art. 87 f Abs. 1 GG begründeten Pflicht zur Gewährleistung eines Universaldienstes
I. Der Regelungsgehalt
II. Die verfassungsdogmatische Kategorisierung
D. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Umsetzung der Verpflichtung zur Gewährleistung eines Universaldienstes349
I. Die staatlichen Einflußnahmemöglichkeiten
II. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen363
III. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen und die Vorgaben hinsichtlich der Organisationsform
Dritter Teil
Die gesetzlichen Regulierungsmodelle in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika 388
Fünftes Kapitel: Das deutsche Regulierungsmodell
A. Veränderungen im Rahmen der Postreformen
I. Die Postreform I
II. Die Postreform II
B. Ordnungspolitische Vorgaben des Telekommunikationsgesetzes
I. Die Entstehung des Telekommunikationsgesetzes

II. Der Geltungsbereich des Telekommunikationsgesetzes	. 404
III. Die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes	. 409
IV. Die Regulierungsgegenstände des Telekommunikationsgesetzes	. 415
V. Die Gewährleistung eines Universaldienstes gemäß dem Telekommunikationsgesetz	446
Sechstes Kapitel: Das amerikanische Regulierungsmodell	. 484
A. Grundlegung	. 484
I. Verbindungslinien zwischen der Ordnung der Telekommunikation in	
Deutschland und in den USA	. 484
II. Überblick zur geschichtlichen Entwicklung	. 486
B. Bundesgesetzliche Vorgaben für die Regulierung der Telekommunikation	. 500
Der Untersuchungsgegenstand	. 500
II. Die Struktur der Regulierung	. 501
III. Die Gegenstände der Regulierung	. 508
IV. Die Organisation der Regulierung	. 516
C. Gewährleistung eines Universaldienstes im Bereich der Telekommuni- kation	519
I. Die ordnungspolitischen Ziele	. 519
II. Der Begriff des Universaldienstes	. 522
III. Das Verfahren zur Festlegung des Universaldienstes und der seiner	
Gewährleistung dienenden Vorkehrungen	. 524
IV. Die inhaltliche Ausgestaltung der Universaldienstgewährleistung	. 527
V. Der Inhalt des Universaldienstes	. 550
VI. Die Maßnahmen zur Sicherung eines Universaldienstes	. 556
D. Gegenüberstellung des deutschen und des amerikanischen Regulierungs- systems	569
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	. 569
II. Fazit und Ausblick	571
Zusammenfassung der Ergebnisse	
Literaturverzeichnis	582
Verzeichnis der Rechtsakte der EU	. 621
Sachverzeichnie	627